



Der Sonntag

am Hochrhein

Jetzt kostenlos
14 Tage BZ lesen

Info unter:
0800 / 22 24 22 0 oder
badische-zeitung.de/
probeabo



Röhre frei!

Beim Bau des Katzenbergtunnels gab es viele unvorhergesehene, auch tödliche Vorfälle. Diese Woche wurde das „Jahrhundertbauwerk“ eröffnet. Es soll den Lärmschutz verbessern und die Rheintalbahn zukunftsfähig machen. **SEITE 3**



SC siegt gegen Fürth

Der SC Freiburg hat dank eines Treffers von Daniel Caligiuri (Foto) gegen den Tabellenletzten SpVgg. Greuther Fürth mit 1:0 (1:0) gewonnen. **SEITE 11**

Das Vertrauen schmilzt

Die Schweiz sucht ein ENDLAGER für radioaktiven Müll am Hochrhein – Es mehren sich die Zweifel, ob dabei die Sicherheit an erster Stelle steht



FOTO: KATHRIN BLUM

Die Schweizer Endlagersuche laufe aus dem Ruder, warnen Wissenschaftler seit Monaten. An deren Vorwürfen sei nichts dran, antworteten die betroffenen Behörden diese Woche. Doch überzeugend wirken sie nicht.

DANIEL GRÄBER

Es ist ein banger Blick, der sich von der deutschen Seite des Hochrheins Richtung Alpen richtet. Irgendwo dort, zwischen den mächtigen Bergen und dem Grenzfluss, soll in den nächsten Jahrzehnten hochradioaktiver Müll im Erdreich versenkt werden. Sollte dabei etwas schiefgehen, wäre Südbaden direkt betroffen. Sehr genau wird deshalb verfolgt, wie die Schweizer versuchen, das Problem der Endlagerung zu lösen. Auch weil ihre Standortsuche zunächst als Vorbild galt: In Sachen Transparenz und Offenheit könne sich Deutschland bei seinen Nachbarn noch einiges abgucken, hieß es.

Doch inzwischen überwiegen die kritischen Töne. Und sie stammen nicht nur von Atom-

kraftgegnern, die der Nuklearindustrie generell finstere Machenschaften unterstellen. Nein, offene und grundsätzliche Kritik an der Art, wie die Schweiz ihr Endlagerproblem zu lösen versucht, ist inzwischen auch von offizieller Seite zu hören.

Der Schweizer Suchprozess nach einem Atommüllendlager befindet sich „in einer echten Glaubwürdigkeitskrise“, schreibt Waldshuts Landrat Tilman Bollacher (CDU) in ungewohnter Deutlichkeit an den Direktor des Bundesamts für Energie (BFE) in Bern. Diese Behörde steuert den Prozess. Sie sollte es zumindest. Doch es häufen sich die Anzeichen dafür, dass sie das Ruder längst nicht mehr in der Hand hält, es vielleicht sogar nie in der Hand gehalten hat. Stattdessen hätten die Schweizer Kernkraftwerksbetreiber die Kontrolle über das Verfahren, lautet der Vorwurf, den zwei renommierte Wissenschaftler Mitte des Jahres öffentlich geäußert haben. Das Problem dabei sei, dass die Kraftwerksbetreiber in erster Linie an einer wirtschaftlichen Lösung interessiert sind, nicht unbedingt an der sichersten.

Spätestens als dann Anfang Oktober die Schweizer *Sonntags-Zeitung* Unterlagen veröffent-

lichte, die darauf hindeuten, dass die Standortentscheidung schon längst gefällt ist, kippte die Stimmung in der Schweiz. Von einem offenen, transparenten Verfahren sprechen seitdem nur noch die, die es verteidigen müssen.

Von der anderen Rheinseite aus forderte Landrat Bollacher daraufhin, die Endlagersuche anzuhalten und das gesamte Verfahren auf den Prüfstand zu stellen. Als Zwischenstopp, der verlorene Glaubwürdigkeit wiedergewinnen soll. „Ich erhoffe und erwarte, dass das Bundesamt für Energie und der Schweizer Bundesrat bereit sind, den Suchprozess zu überdenken und mit internationalen Experten dessen Ausrichtung in einem öffentlichen Symposium zu diskutieren“, schreibt er im Oktober nach Bern.

Er erhält eine Abfuhr, verpackt in höfliches Vokabular: „Wir hoffen und erwarten, dass wir auch auf Ihre Unterstützung zählen können, wenn es darum

geht, dieses Vertrauen in die Behörden zu stärken“, heißt es im Antwortbrief des Bundesamtsdirektors Mitte November. „Der Rat zur Besonnenheit, wenn etwa Beiträge der Sonntagspresse zu beurteilen sind, kann eine solche Unterstützung sein.“

Damit abfinden wollen sich die Vertreter der deutschen Interessen nicht. „Das Verfahren ist falsch aufgegleist“, sagt Bollachers Stellvertreter Jörg Gantzer, der regelmäßig bei den Regionalkonferenzen in der Schweiz mit dabei ist. So werde jetzt schon über Standorte für die Oberflächenanlagen diskutiert, obwohl die Tiefenlager noch gar nicht feststehen, nennt Gantzer ein Beispiel. Auch wie der Atommüll von oben nach unten gebracht wird, sei noch nicht klar.

„Unsere Sorge ist, dass zu hoher Zeitdruck und zu frühe Festlegungen nicht zur sichersten Lösung führen“, sagt Gantzer.

Dieselbe Kritik kommt von Marcos Buser. Der Zürcher Geologe beschäftigt sich seit Jahren



„Wir müssen Klartext reden, sonst geht es schief.“

Marcos Buser,
Schweizer
Atommüll-Experte

mit der Entsorgung hochgiftiger Abfälle. Zusammen mit seinem Fachkollegen Walter Wildi sorgte er im Sommer schweizweit für Schlagzeilen. Denn beide begründeten ihren Rückzug aus den offiziellen Begleitkommissionen damit, dass die Standort-suche grundsätzlich falsch konzipiert sei. Den Atombehörden fehle es an Fachkompetenz, deshalb seien sie der Nuklearindustrie ausgeliefert, steckten mit ihr sogar „unter einer Decke“. Die Schweizer Bundesregierung und der Kontrollrat einer der betroffenen Behörden versprochen daraufhin, die Vorwürfe eingehend zu prüfen. Die Ergebnisse wurden diesen Montag vorgestellt. Sie sind ernüchternd.

„Externe Abklärung bestätigt Unabhängigkeit des Ensi“, bescheinigt sich die Atomaufsichtsbehörde, das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (Ensi), eine weiße Weste. Von einem Persil-Gutachten ist deshalb in der Schweizer Presse zu lesen. Denn das Irritierende an dieser „externen Abklärung“ ist, dass darin alle Fakten, mit denen Marcos Buser seine Vorwürfe belegt, bestätigt werden. Nur die Bewertung dieser Fakten ist eine andere. Man könnte bei der Lektüre des Gutachtens daher

genauso gut zum gegenteiligen Schluss kommen: Die Abhängigkeit der Atomaufsichtsbehörde von den Kraftwerksbetreibern wird bestätigt.

So ist darin etwa von Protokollen zu lesen, die Behördenmitarbeiter verfasst haben und dann von der Entsorgungsgesellschaft der Energiekonzerne korrigiert wurden. Und zwar bevor die anderen Sitzungsteilnehmer das Protokoll erhalten haben. Dies habe nur „zu Korrekturen von faktischen Fehlern geführt“, schreiben die Gutachter, „nicht aber zu einer Verfälschung der Inhalte.“ Allerdings machen sie eine wichtige Einschränkung, die später in der Zusammenfassung des Ensi einfach fehlt: „so weit die technischen Inhalte beurteilt werden konnten“. Die Gutachter waren Politikwissenschaftler.

Marcos Buser ist erzürnt über die Reinwaschtaktik der Behörden. „Das ist typisch Schweiz. Statt die Probleme offen anzusprechen, wird darumherum geredet“, sagt er dem *Sonntag*. „Alles läuft gut, alles bestens“, heißt es. Aber so löst man kein Hochrisiko-Problem wie die Atommüll-lagerung. Wir müssen auch in der Schweiz lernen, Klartext zu reden. Sonst geht es schief.“